Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2003**
16. Wahlperiode 28. 06. 2006

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu der Unterrichtung durch die Deutsche Welle
– Drucksachen 16/1000, 16/1476 Nr. 1.1 –

Aufgabenplanung der Deutschen Welle 2007 bis 2010

A. Problem

Das Deutsche-Welle-Gesetz verpflichtet die gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts für den Auslandsrundfunk, jeweils für den Zeitraum von vier Jahren eine Aufgabenplanung zu erstellen und jährlich fortzuschreiben. Die Deutsche Welle ist unter anderem verpflichtet, in der Aufgabenplanung ihre Programmziele, Schwerpunktvorhaben und deren Gewichtung darzustellen. Das im Deutsche-Welle-Gesetz festgelegte Beteiligungsverfahren sieht vor, dass der Deutsche Bundestag sich mit der Aufgabenplanung unter Berücksichtigung einer Stellungnahme der Bundesregierung befasst, ebenfalls Stellung nimmt, und diese Stellungnahmen ebenso wie Anmerkungen aus der Öffentlichkeit in einen Beschluss des Rundfunkrats der Deutschen Welle über die Aufgabenplanung einfließen.

B. Lösung

Annahme einer Entschließung mit dem Ziel, die Deutsche Welle als Mittler der deutschen Kultur- und Bildungspolitik zu stärken. Die von der Deutschen Welle vorgelegte Aufgabenplanung wird als geeignete Grundlage für die Arbeit des Senders in den nächsten Jahren anerkannt, die Stellungnahme der Bundesregierung dazu zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Deutsche Welle dabei zu unterstützen, ihre Aufgaben als wichtigstes Medium sowohl der weltweiten Vermittlung deutscher Politik, Wirtschaft und Kultur als auch der freien Information in Krisen und Konflikten wahrzunehmen.

Einstimmige Annahme einer Entschließung

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Deutsche Welle finanziert sich aus dem jährlichen Zuschuss sowie Zuwendungen des Bundes und sonstigen Einnahmen. Die Höhe des Zuschusses des Bundes bestimmt das Haushaltsgesetz. Für die Aufgabenplanung sind gemäß dem Deutsche-Welle-Gesetz die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung und die Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers maßgeblich.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf Drucksache 16/1000 – folgende Entschließung anzunehmen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Stärkung der Deutschen Welle (DW) als Mittler der deutschen Kultur- und Bildungspolitik ist das gemeinsame Ziel der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen.

Auch auf der Grundlage einer stabilisierten mittelfristigen Finanzplanung des Bundes hat die Deutsche Welle ihre Aufgabenplanung 2007 bis 2010 konzipiert, die dem Deutschen Bundestag vorliegt (Bundestagsdrucksache 16/1000). Die Stellungnahme der Bundesregierung gemäß § 4b Abs. 3 Satz 1 des Deutsche-Welle-Gesetzes wird zustimmend zur Kenntnis genommen und findet bei der Beurteilung der Aufgabenplanung der Deutschen Welle 2007 bis 2010 entsprechend Berücksichtigung.

Die vorgelegte Aufgabenplanung entspricht den Regelungen, die im novellierten Deutsche-Welle-Gesetz 2005 festgeschrieben wurden. Sie stellt eine geeignete Grundlage für die Tätigkeit der Deutschen Welle in den kommenden Jahren dar, die die Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags gewährleisten könnte.

Der Deutsche Bundestag begrüßt

im Grundsatz die im Hinblick auf Aufgaben und Maßnahmen in der Planung enthaltene Prioritätensetzung:

- die Begleitung des europäischen Integrationsprozesses u. a. durch Kooperation mit europäischen Partner-Sendern sowie einem entsprechenden Angebot an Programmen, Formaten und Kommunikationsmaßnahmen,
- die Verstärkung der Präsenz des deutschen Auslandssenders in den dynamisch wachsenden und sich entwickelnden Regionen Asiens sowie Südost- und Osteuropas,
- den Ausbau des arabischsprachigen Fensters im Fernsehen auf ca. 6 bis 8 Stunden und der Telemedien,
- den Erhalt von DW-Hörfunk in den Schwerpunktregionen, u. a. durch verstärkte Präsenz auf UKW durch Erwerb eigener Frequenzen und Wiederausstrahlungsvereinbarungen mit lokalen Partnersendern und den Aufbau von Metropolenradios in einzelnen Schwerpunktzentren,
- die Anpassung an bestehende technische Entwicklungen (Konvergenz der Medien und Digitalisierung) durch zukunftsfähige technische Perspektiven,
- die gezielte Kommunikation mit den aus den strategischen Zielen des gesetzlichen Auftrags hergeleiteten Zielgruppen der Deutschen Welle durch entsprechende Marketing- und Vertriebsmaßnahmen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die Deutsche Welle dabei zu unterstützen, ihre Aufgaben als wichtigstes Medium sowohl der weltweiten Vermittlung deutscher Politik, Wirtschaft und Kultur als auch der freien Information in Krisen und Konflikten wahrzunehmen. Es wäre

wünschenswert, DW-TV insgesamt auszubauen und die übrigen DW-Angebote darauf abzustellen. Darüber hinaus ist es notwendig:

- die Präsentation Deutschlands im Ausland mittels Deutsche Welle Radio, Deutsche Welle TV und DW-World sowohl regional als auch inhaltlich flexibel an aktuelle Gegebenheiten anzupassen,
- die Programmpräsenz in Afrika, insbesondere Subsahara-Afrika, sowie Lateinamerika nicht weiter zu reduzieren,
- die spanischsprachigen Programme in bisherigem Umfang weiterzuführen,
- die Programme in Dari und Paschtu zum afghanischen Fernsehsender RTA nach Kabul zu verlagern und die Durchführung vor Ort fachlich zu begleiten,
- den Dialog der Kulturen zu verstärken,
- die Deutsche Welle aufzufordern, Konzepte vorzulegen, inwiefern sie zur Vermittlung von deutschen Sprachkenntnissen im Ausland beitragen kann,
- Deutschland als attraktives Reiseland durch entsprechende Programminhalte zu präsentieren,
- die Zusammenarbeit von DW-TV mit den öffentlich-rechtlichen Sendern der ARD und dem ZDF auf der Basis zügig zu treffender Vereinbarungen auf stabile Säulen zu stellen,
- für eine verstärkte Einbindung von mobilen Übertragungsformen oder dem Internet zu sorgen,
- im Zuge der Diskussion über die Verschlüsselung der über Satellit ausgestrahlten Programme sich für einen unbeschränkten und kostenfreien Empfang der DW im europäischen Raum einzusetzen.

Berlin, den 28. Juni 2006

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Vorsitzender und Berichterstatter

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Berichterstatter

Monika Griefahn
Berichterstatterin

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Dr. Uschi Eid
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Monika Griefahn, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Lukrezia Jochimsen und Dr. Uschi Eid

I. Überweisung

Die Unterrichtung durch die Deutsche Welle auf **Drucksache 16/1000** ist gemäß § 80 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages am 12. Mai 2006 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für Tourismus überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Unterrichtung

Die Deutsche Welle beschreibt in der Aufgabenplanung 2007 bis 2010 Eckpunkte ihrer Arbeit. Primäre Zielgruppe sind demnach ausländische Multiplikatoren und Entscheidungsträger. Auf unfreien Medienmärkten und in Krisengebieten wendet sie sich an alle Schichten der Gesellschaft. Hinzu kommen Deutschlernende, Touristen und Geschäftsleute, die sich im Ausland aufhalten. Vor dem Hintergrund eines Reformprozesses, der Einbußen beim Personal und der Finanzausstattung mit sich gebracht hat, setzt die Deutsche Welle aktuell drei Schwerpunkte: europäische Zusammenarbeit, arabischer Sprachraum, Iran und Asien. Angebote für die Versorgung nicht prioritärer Regionen müssen angesichts der Mittelknappheit den Angaben der Deutschen Welle zufolge reduziert oder eingestellt werden.

Die Deutsche Welle informiert in der aktuellen Aufgabenplanung wie sie auf den permanenten Zwang, sich an Markterfordernisse und finanzielle Zwänge anzupassen, reagieren will. Sie betont, dass der Investitionsetat für den Planungszeitraum zu niedrig angesetzt ist, um eine wettbewerbsfähige Ausstattung des Senders zu sichern. Deshalb werde die Deutsche Welle, sofern die Investitionsmittel im Bundeshaushalt nicht erhöht werden, ihre Investitionsmittel zulasten des Betriebsetats, ihrer Programme und Angebote aufstocken müssen. Trotz der beschriebenen Probleme sieht sich die Deutsche Welle mit ihren Sparten DW-TV, DW-Radio und DW-World (Internet) gut gerüstet für die kommenden Jahre. Ihre Produkte seien wettbewerbsfähig und qualitativ hochwertig. Mit der DW-Akademie und internationalen Koproduktionen verfüge sie zudem über Instrumente, die flankierend eingesetzt werden könnten und die Wirkung verstärken.

Die Deutsche Welle weist darauf hin, dass sie von einem Betriebsetat von 261 Mio. Euro aus Bundesmitteln für die kommenden Jahre ausgeht. Unter dieser Bedingung könne sie die unter der Überschrift „Zielsetzungen 2007 bis 2010“ beschriebenen Planungen umsetzen. Die mittelfristige Finanzplanung erlaube allerdings nicht, neue Projekte zu starten, auch wenn diese Vorhaben sinnvoll und notwendig wären. Dazu zählen die Ausweitung des TV-Programmangebots in Spanisch, ein Programmfenster in Russisch und ein chinesisches Magazin bei DW-TV. Außerdem sei die wünschenwerte Steigerung der Übertragungsqualität mit Hilfe der UKW-Verbundstrategie auch für Asien und Afrika südlich der Sahara so nicht zu finanzieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** beschloss am 17. Mai 2006 die Kenntnisnahme der Unterrichtung. Der **Auswärtige Ausschuss** nahm die Unterrichtung am 31. Mai 2006 ohne Aussprache zur Kenntnis. Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** sowie der **Ausschuss für Tourismus** beschlossen am 28. Juni 2006 ebenfalls die Kenntnisnahme.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Unterrichtung am 28. Juni 2006 in öffentlicher Sitzung beraten. Dem Ausschuss lag dazu auf Ausschussdrucksache 16(22)034 die Stellungnahme des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) zur Aufgabenplanung der Deutschen Welle vor. Danach begrüßt die Bundesregierung grundsätzlich die Schwerpunkte in der Aufgabenplanung der Deutschen Welle: europäische Zusammenarbeit, arabischer Sprachraum sowie Iran und Asien. Im Hinblick auf den Finanzbedarf der Deutschen Welle verweist sie auf die Ergebnisse der Haushaltsberatungen. Eine Reihe von Anmerkungen betrifft u. a. die in der Aufgabenplanung gewählte Darstellungsart, nicht zuletzt zur Finanzierung des Senders. Grundsätzlich wäre es aus der Sicht der Bundesregierung wünschenswert, DW-TV insgesamt auszubauen und die übrigen DW-Angebote darauf abzustellen.

Einstimmig hat der Ausschuss eine Entschließung gemäß Ausschussdrucksache 16(22)047 angenommen, die von den Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegt wurde. Die inhaltsgleiche Entschließung der Fraktion DIE LINKE. gemäß Ausschussdrucksache 16(22)048 wurde für erledigt erklärt.

Der einstimmig verabschiedeten Entschließung zufolge soll die Deutsche Welle als Mittler deutscher Kultur- und Bildungspolitik gestärkt werden. Die von ihr vorgelegte Aufgabenplanung entspricht nach Auffassung der Fraktionen den 2005 im novellierten Deutsche-Welle-Gesetz festgeschriebenen Anforderungen und bietet eine gute Grundlage für die Arbeit der nächsten Jahre. Grundsätzlich stimmen die Fraktionen den gesetzten Prioritäten im Hinblick auf den europäischen Integrationsprozess, die Stärkung der Präsenz in Asien und Südost- bzw. Osteuropa oder den Ausbau des arabischen Fensters zu. Sie begrüßen darüber hinaus den Erhalt von DW-Hörfunk in Schwerpunktregionen, den Einsatz zukunftsfähiger Technik und gezielte Marketing- und Vertriebsmaßnahmen. Für wünschenswert hält es der Ausschuss, DW-TV insgesamt auszubauen und die übrigen DW-Angebote darauf abzustellen. Notwendig sei außerdem, mit allen Angeboten der Deutschen Welle jeweils flexibel auf aktuelle Gegebenheiten zu reagieren, die Programmpräsenz in Afrika und Lateinamerika sowie das spanischsprachige Programm zu erhalten und die Programme in Dari und Paschtu zum afghanischen Fernsehsender RTA nach Kabul

zu verlagern. Weitere Forderungen beziehen sich u. a. auf den Dialog der Kulturen, die Darstellung Deutschlands als Reiseland und die Zusammenarbeit mit ARD und ZDF. Die Bundesregierung, deren Stellungnahme zur Aufgabenplanung der Ausschuss zustimmend zur Kenntnis nahm, wird aufgefordert, die Deutschen Welle bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies darauf, dass die Deutsche Welle im Ausland den Ruf eines zuverlässigen, glaubwürdigen und unabhängigen Mittlers genieße. Mit dem deutschen Auslandssender werde die internationale Rundfunklandschaft gestärkt, was insbesondere in Ländern mit eingeschränkten Freiheitsrechten – Beispiel Belarus – wichtig sei, um den Demokratiegedanken zu stärken. Die Deutsche Welle nehme mit der Darstellung der deutschen Kultur eine wichtige Funktion im internationalen Wettbewerb der Kultur- und Wirtschaftsnationen für Deutschland wahr. In Zeiten schwieriger finanzieller Verhältnisse gehe es darum, die DW zu stabilisieren und ihr Planungssicherheit zu geben.

Die **Fraktion der SPD** unterstrich, dass mit dem Deutsche-Welle-Gesetz 2005 gute Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit des Senders geschaffen worden seien und sichergestellt sei, dass insbesondere die Telemedien den ihnen angemessenen Raum erhielten. Mit der Aufgabenplanung werde die DW den Anforderungen des Gesetzes gerecht. Im Hinblick auf die schwierige finanzielle Situation des Senders sei Staatsminister Bernd Neumann für sein Engagement zu danken und sei es Aufgabe aller Kultur- und Medienpolitiker, sich im Parlament für eine bessere Ausstattung des Auslandssenders einzusetzen.

Die **Fraktion der FDP** hob hervor, wie wichtig es für die Deutsche Welle als Element deutscher Außenpolitik sei, vom gesamten Parlament unterstützt zu werden. Aus diesem Grund habe man sich entschlossen, eine gemeinsame Entschließung zu erarbeiten. Im Übrigen warb die Fraktion dafür, bei allen Bemühungen, sich neuen Schwerpunkten in Asien und im arabischen Raum zu widmen, angestammte Gebiete in Afrika und Lateinamerika nicht zu vernachlässigen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte ebenfalls die Bedeutung des Senders und seiner Angebote. Deshalb wolle sie der Deutschen Welle den Rücken stärken. Sie begrüßte ausdrücklich die Absicht, verstärkt Programme in den arabischen Raum auszustrahlen. Zu prüfen sei hier, inwieweit es gelingen könne, damit die häuslichen Milieus von Frauen zu erreichen und ihnen so die Vielfalt der Kulturen demokratischer Gesellschaften anzubieten.

Auch die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** lobte die gute Grundlage, die die DW-Aufgabenplanung biete, und unterstrich, dass die Deutsche Welle als wichtige Institution möglichst vom gesamten Deutschen Bundestag getragen werden sollte. Die Bedeutung der Angebote des Senders für Afrika und die Frage der Evaluierung der Wirkungsweise seiner Angebote hob die Fraktion besonders hervor.

Berlin, den 28. Juni 2006

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Berichterstatter

Monika Griefahn
Berichterstatterin

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Berichterstatter

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Dr. Uschi Eid
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333